Morgen-Ausgabe. Nr. 592 Freitag, 17. Dezember 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 47,60 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Preisliste Nr. 6; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ein Viertel der Reichsautobahnen fertig

2000 Arbeiter auf Einladung des Führers in Berlin

Berlin, 16. Dezember.

An diesem Freitag werden acht Teilnehmerstrecken der Reichsautobahn dem Verkehr übergeben. Aus diesem Anlaß trafen auf Einladung und als Gäste der Reichsregierung 2000 am Bau der Straßen beteiligte Volksgenossen aus dem ganzen Reich in 17 Einzelgruppen in der Reichshauptstadt zu einem zweitägigen Besuch ein. Sie wurden von den Werkscharmännern der DAF empfangen, die sie während ihrer Anwesenheit in Berlin betreuen. Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, sprach aus dem gleichen Anlaß am Donnerstagnachmittag vor Vertretern der deutschen Presse über die bisher geleistete Arbeit und erläuterte die Bauaufgaben für das nächste Jahr.

Die Fertigstellung von 2000 Kilometer Reichsautobahnen bedeutet, erklärte Dr. Todt unter anderem, daß ein Viertel des ursprünglich vorgesehenen Grundnetzes dem Verkehr zur Verfügung gestellt wird. 2000 Kilometer Autobahn stellen die Arbeit von rund 2500 Volksgenossen in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren dar. Diese 2000 Kilometer sind darüber hinaus das Ergebnis von rund 1200 Arbeitstagen, die seit dem ersten Spatenstich bis auf diesen Tag vergangen sind.

Pro Tag drei Kilometer fertig

Im Laufe des Jahres 1937 sind 1000 Kilometer dem Verkehr übergeben worden. Das bedeutet, daß an 300 Arbeitstagen dieses Jahres pro Tag ungefähr drei Kilometer Reichsautobahnen fertiggestellt wurden. Mit den jetzt fertiggestellten 2000 Kilometer stehen dem Verkehr wirklich Langstrecken zur Verfügung. Fertiggestellt sind jetzt Bahnen zwischen Leipzig und Nürnberg mit 200 Kilometer, zwischen Berlin und Hannover mit 240 Kilometer und zwischen Gießen und Karlsruhe mit 200 Kilometer. Die Einbeziehung dieser Strecken in den Verkehr zeigt den ganzen Vorteil und Nutzen der Reichsautobahnen. Der gesamte Güterfernverkehr kann jetzt über die Reichsautobahnen geführt werden. Die alten Straßen werden nicht mehr vom Güterverkehr benutzt; der Güterverkehr auf den alten Straßen dient nur noch dem Nahverkehr unter 50 Kilometer.

Nächstes Jahr Stettin—Salzburg lückenlos

Außer der Fertigstellung dieser 2000 Kilometer sind zur Zeit 1600 weitere Kilometer im Bau. In diesen 1600 Kilometer steckt das Bauziel des nächsten Jahres, das ebenfalls rund 1000 Kilometer betragen soll. 1938 werden die ersten Langstrecken, die durch ganz Deutschland laufen, dem Verkehr übergeben, und zwar als erste zusammenhängende Strecke die 900 Kilometer lange Verbindung Ostsee—österreichische Grenze, von Stettin über Berlin, Leipzig, Nürnberg, München, bis zur Grenze kurz vor Salzburg.

Meßfahrzeuge ein Jahr unterwegs

Dr. Todt beschäftigte sich im weiteren mit der Wirtschaftlichkeit der Reichsautobahnen. Wir haben, so erklärte er, den Verkehr auf den Autobahnen von Anfang an genau beobachtet und haben Meßwerkzeuge und Meßfahrzeuge hinausgeschickt, um genau festzustellen, welche Vorteile die Autobahn dem Kraftverkehr gegenüber dem Fahren auf der alten Straße bringt. Rund ein Jahr sind diese Meßfahrzeuge unterwegs gewesen. Kleine Wagen, große Wagen und Lastwagen, mit allen möglichen Instrumenten ausgerüstet, wurden benutzt.

Ueber die Ergebnisse dieser Versuche machte Dr. Todt nähere Mitteilungen. So brauchte ein 3,2-Liter-Mercedes-Wagen auf der alten Reichsstraße bei einer Höchstgeschwindigkeit von 71 Kilometer 17 Liter Benzin pro 100 Kilometer; bei einer Versuchsfahrt auf der Autobahnstrecke von Nauheim nach Bruchsal brauchte derselbe Wagen für dasselbe Verkehrsziel bei einer höheren Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 Kilometer nur 11 Liter Benzin pro 100 Kilometer. Der Benzinverbrauch geht also auf der Reichsautobahn bei mäßig schneller Fahrt gegenüber dem Fahren auf den alten Straßen von 17 auf 11 Liter zurück; bei kleinerem Wagen ist die Ersparnis etwas niedriger.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Prag sucht neue Handhaben

In diesen Tagen nannte im Prager Senat ein hoher tschechischer Beamter die Tschechoslowakische Republik „die einzige und letzte Insel der liberalen Demokratie". Das stimmt zwar nicht ganz, aber die Redewendung ist billig und verpflichtet zu nichts; weshalb sollte man sie also nicht gebrauchen! Die Bolschewisten in Moskau behaupten ja auch, Zierden der Demokratie zu sein, und die Mordbrenner in Spanien nehmen dasselbe für sich in Anspruch. Was man heute unter dem Begriff Demokratie versteht, ist so dehnbar geworden, daß er anmutet wie ein riesiger Sack, in den man alles hineinstopfen kann, was einem paßt, und aus dem man jeweils das hervorzieht, was man im Augenblick gerade braucht. Die demokratische tschechische Republik besitzt an sich tatsächlich eine sehr liberale Verfassungsurkunde. Wunderschöne Sätze stehen darin; zum Beispiel liest man im sechsten Hauptstück, das vom Schutze der Minderheiten spricht, folgende Rechtsgebote: „Alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sind vor dem Gesetze vollkommen gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Rücksicht auf ihre Sprache, Rasse und Religion..." Oder weiter: „Jegliche Art gewaltsamer Entnationalisierung ist unerlaubt..." Auch von der Freiheit der Meinungsäußerung ist die Rede. Nur steht das alles auf dem Papier und befindet sich in schreiendem Mißverhältnis zu der tschechischen Praxis. Man sollte das Wort „Demokratie" tschechischerseits wenigstens nicht ausgerechnet dann im Munde führen, wenn die Regierung sich wieder einmal anschickt, die verfassungsmäßigen Volksrechte noch tiefer in der Versenkung verschwinden zu lassen, als das ohnehin schon geschehen ist. Das ist aber gegenwärtig der Fall. Das Prager Parlament hat nämlich einen Gesetzentwurf zu beraten, der das aus dem Jahre 1933 stammende Parteiauflösungsgesetz, das Ende dieses Jahres abläuft, erneuern soll. Der Entwurf begnügt sich aber nicht mit einer Verlängerung. Er enthält vielmehr einige sehr weitreichende und tiefeinschneidende neue Bestimmungen. Sie sind so ungeheuerlich, daß man sich mit ihnen auseinandersetzen muß, um klarzustellen, was die Tschechen damit meinen, wenn sie ihren Staat als „einen festen, unzerstörbaren Leuchtturm der Demokratie" bezeichnen.

Bis jetzt war zur Auflösung einer Partei wenigstens ein Regierungsbeschluß notwendig, und ein solcher Beschluß kam nur bei schwerwiegenden politischen Ursachen in Frage. Das bisherige Gesetz bezog sich auch nur auf Maßnahmen gegen ganze Parteien. Anders das Paragraphenwerk, das man nunmehr den Parlamentariern unterbreitet. Wenn die neue Verschärfung in Kraft tritt, so darf bereits das Landesamt, also eine untere Behörde, ohne Beschluß der Regierung oder sonst einer politischen Körperschaft, jede örtliche Organisation einer Partei auflösen, wenn deren Tätigkeit sich „gegen die Selbständigkeit, die verfassungsmäßige Einheit, die demokratisch-republikanische Form oder die Sicherheit der Tschechoslowakei" richtet. Die Behörden erhalten also weitgehende Befugnisse eingeräumt, die ihnen politische Rechte geben, die sie bisher nicht besaßen. In ihre Hand werden praktisch wichtige und gefährliche Entscheidungen gelegt. Wenn man eine Partei von oben, von der Regierung aus verbietet, so ist das jedesmal ein Akt, der sehr viel Staub aufwirbelt, der sich nicht vertuschen läßt und der auch von dem Teil der Weltöffentlichkeit, der allmählich hellhörig geworden ist gegenüber dem Treiben in der Tschechoslowakei, zur Kenntnis genommen wird. Doch in Zukunft soll es möglich sein, daß untere Behörden Parteiortsgruppen auflösen. Eine geschickte Spekulation verbindet sich damit. Ein Verbot in irgendeinem unbekannten Ort des tschechoslowakischen Staatsgebietes interessiert die weitere Oeffentlichkeit nicht. Es bedeutet einen untergeordneten Vorgang, der außerhalb der Grenzen der Tschechoslowakei keine Beachtung finden wird. Das aber ist das Entscheidende an dem neuen Gesetzentwurf, daß er praktisch ebenso wirksam werden kann wie ein Gesamtverbot einer Partei. Nur wird die mißliebige Organisation nicht mehr mit einem Schlage erledigt, sondern man nimmt ihr einfach den Unterbau weg. Man schließt hier eine Ortsgruppe und dort eine, in der nächsten Woche wieder eine, beschlagnahmt die Vermögen, und nicht auf einmal, sondern hübsch langsam und versteckt, wird die Partei so geschädigt, daß ihre weitere Lebensfähigkeit völlig in Frage gestellt wird.

Aber die neuen Bestimmungen gehen noch weiter. Da enthalten sie einen Paragraphen 22. Dieser besagt, daß die

Nur Analphabeten wurden zur „Wahl" getrieben

Die Intelligenz von den roten Wahllisten gestrichen - Moskaus Farce im rechten Licht

Berlin, 16. Dezember.

Die Polnische Telegraphenagentur weist soeben darauf hin, daß in den sowjetrussischen Wahllisten nur 55,4 Prozent der Bevölkerung als wahlberechtigt ausgewiesen worden seien, obwohl das Wahlalter bis zum 18. Lebensjahr herabgesetzt worden wäre.

Für den niedrigen Satz gäbe es nur zwei Erklärungen: Entweder seien viele Stimmberechtigte nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden, oder aber die Bevölkerungsziffern der Sowjetunion seien tatsächlich wesentlich niedriger als offiziell angegeben. Auf die Verschleierung der Höhe der Bevölkerungsziffern macht die Polnische Telegraphenagentur durch den Hinweis auf die Annullierung der für den Januar des vorigen Jahres festgesetzten Volkszählung aufmerksam.

Die Intelligenz gestrichen

In den Sowjetwahlen wird ferner von in baltischen Staaten lebenden ehemaligen sowjetrussischen Funktionären, die der Sowjetunion den Rücken gekehrt haben, mitgeteilt, daß schon seit langem die gesamte Intelligenz von den Wahllisten gestrichen worden sei, weil sie als politisch unzuverlässig gelte. Wahlberechtigt sei in erster Linie die große stumpfe Masse der Analphabeten, die weder lesen noch schreiben könnte, und die man künstlich in Unwissenheit über alles halte, was außerhalb der Sowjetunion vor sich gehe. Ausländische Zeitungen gäbe es nicht. Nur Sowjetfunktionäre dürften Rundfunkapparate besitzen, während der großen Masse der selbständige Besitz von Rundfunkapparaten untersagt sei.

Für sie sei nur Gemeinschaftsempfang sowjetrussischer Sender vorgesehen. Ein großer Teil der Wähler habe überhaupt nicht begriffen, worum es bei dieser Wahl gegangen sei. Man habe zwangsweise jeden Wahlberechtigten zum Wahlbüro gebracht, und es sei jedem Verhaftung mit allen sich daraus ergebenden Folgen sicher gewesen, der an der Wahl nicht hätte teilnehmen wollen.

Die Wahl wär öffentlich

Die Wahl sei auch nicht geheim erfolgt, sondern öffentlich. Es habe niemand wagen dürfen, auf den Wahlzetteln, die ja nur jeweils den Namen eines einzigen Kandidaten enthalten hätten, irgendwelche Aenderungen vorzunehmen, da ein Anstreichen oder Ankreuzen von Kandidaten oder Listen, wie in anderen Ländern, nicht vorgesehen war. Wer es unter diesen Umständen gewagt hätte, im Wahlbüro einen Bleistift in die Hand zu nehmen und die Wahlzelle aufzusuchen, um dort Aenderungen vorzunehmen, wäre sofort auf die schwarze Liste gekommen.

Verhaftete Kandidaten

In einer weiteren Meldung aus Moskau stellt die Polnische Telegraphenagentur zu den Wahlen weiter fest, daß eine ganze Reihe von Hauptkandidaten auf der Liste der Gewählten nicht mehr verzeichnet sei. Unter ihnen befänden sich der Chef der sowjetischen Luftwaffe, Alksnis, im Wahlbezirk Mohilow; der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Moslauk, im Wahlbezirk Ufa; und der Chef der Panzerabteilungen, Bokis, im Wahlbezirk Orscha. Diese Kandidaten, so wird festgestellt, seien bei den Wahlen nicht durchgefallen, sondern nach ihrer Registrierung einfach in den Wahllisten gestrichen worden. Aus welchen Gründen dies geschehen sei, stehe noch nicht fest. Nach in Moskau verbreiteten Gerüchten seien sie verhaftet worden. Von den neun Mitgliedern des Kriegsgerichtes, welches Tuchatschewski und die sieben Generale abgeurteilt hatte, sind außer Alksnis in den Obersten Rat der Sowjetunion folgende Personen nicht gewählt worden: Ulrych, der der Vorsitzende des Kriegsgerichts war; Kaschirin, der Kommandant des nordkaukasischen Militärbezirks, und Goriatschew, der Kommandant des 6. Stalinschen Kosakenkorps. Auch über Kaschirin verlautet, daß er verhaftet worden sei.

In den neugewählten „Obersten Rat der Sowjetunion" sind nach einer weiteren Meldung, was für die gegenwärtige Situation sehr bezeichnend ist, nur 98 Abgeordnete aus dem früheren Zentralexekutivkomitee (von insgesamt 757) wiedergewählt worden.

Das Zentralexekutivkomitee, an dessen Stelle die neugewählte Körperschaft nunmehr treten soll, bestand zum größten Teil aus Partei- und Verwaltungsfunktionären der Provinz, die bekanntlich durch die jüngste Säuberungsaktion in größtem Umfang betroffen worden sind.

•

Was also seit vielen Wochen von uns vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Das „Wahl"-Manöver, mit dem sich die Sowjetunion einen „demokratischen" Mantel umhängen wollte, ist als eine schamlose Farce enthüllt worden. Die regierenden Sowjetjuden können mit solchen Methoden zwar das russische Volk knüppeln, aber sie gehen irre in der Ansicht, daß die kultivierte Menschheit solchen Lügen und derartigen Knüppelmethoden Glauben schenkt. Der Sand, der mit diesen Wahlen Europa in die Augen gestreut werden sollte, war zu grobkörnig.

Heute: Der D. N. Kraftfahrer Seite 8